

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.08.2024

Inhalt

EWN

| | |
|---|---|
| 1 Gutachten: Atom-Endlagersuche mindestens bis 2074 <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 17.08.2024</i> | 3 |
| 2 Das Land hält an Räumung des Jülicher Zwischenlagers fest <i>Aachener Zeitung Stadt, 17.08.2024</i> | 5 |
| 3 Sicherheitslage am AKW Saporischschja spitzt sich nach Drohnenangriff zu <i>Spiegel.de, 17.08.2024</i> | 6 |
| 4 Warum schießen wir den Atommüll nicht in die Sonne? <i>mdr.de, 19.08.2024</i> | 7 |

📰 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard | 17.08.2024

📄 Auflage: 8.866 | Reichweite: 30.562

👤 Jörg Ratzsch

Gutachten: Atom-Endlagersuche mindestens bis 2074

Mit dem Atomausstieg ist es nicht vorbei. Es fehlt immer noch ein Ort, an dem der hochradioaktive Müll gelagert werden soll, der in Jahrzehnten angefallen ist.

Berlin. Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland könnte einem Gutachten des Freiburger Öko-Instituts zufolge mehr als 40 Jahre länger dauern als ursprünglich geplant. Unter idealen Bedingungen sei mit einer Standortentscheidung frühestens im Jahr 2074 zu rechnen, heißt es in einem Papier im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Das Bundesumweltministerium teilte in Berlin mit, die Endlagersuche sei ein „wissenschaftsbasiertes, transparentes sowie lernendes Verfahren, dessen Ansprüche darauf ausgerichtet sind, denjenigen Standort zu finden, der die bestmögliche Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet“. Dass dieses Verfahren nicht bis 2031 abgeschlossen werden könne, sei seit Längerem bekannt.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke zufolge bildet das Gutachten die jüngsten Fortschritte nicht ab. „Diese Studie hat nicht alle aktuellen Informationen und Fakten einbeziehen können, weil wir in den letzten Monaten eine Entwicklung hatten, die dynamisch ist“, sagte die Grünen-Politikerin.

Im November 2022 hatte das Ministerium mitgeteilt, dass der ursprüngliche Zeitplan bis 2031 nicht zu hal-

ten sein wird. Kurze Zeit später waren Unterlagen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) öffentlich geworden, wonach sich die Suche bis 2046 oder in einem anderen Szenario sogar bis 2068 hinziehen könnte. Eine Ministeriumssprecherin wollte sich auf Nachfrage zu konkreten Zeiträumen nicht äußern.

Bei der Endlagersuche geht es um einen Ort in der Tiefe zur dauerhaften Lagerung von 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Mülls (1.750 sogenannte Castor-Behälter) aus mehr als 60 Jahren Atomkraft in Deutschland. Das sind laut BASE fünf Prozent der radioaktiven Abfälle in Deutschland, die aber rund 99 Prozent der gesamten Radioaktivität aller Abfälle enthalten. Aufbewahrt wird der Müll aktuell in 16 oberirdischen Zwischenlagern in verschiedenen Bundesländern.

Ausgegangen wird bei der Suche laut BASE von einer „weißen Landkarte“, die alle Bundesländer einbezieht. In den Blick genommen wird dabei neben den Gesteinsschichten unter anderem auch die Erdbebengefahr. In dem Gesetz wurde festgelegt, dass eine Standortentscheidung im Jahr 2031 angestrebt wird. Ab 2050 sollte das Endlager in Betrieb genommen werden.



Bildunterschrift: Im Zwischenlager Ahaus, Nordrhein-Westfalen, werden seit 1992 ausgediente Brennelemente aus Atomkraftwerken und Forschungsreaktoren in speziellen Behältern vom Typ Castor aufbewahrt.

📰 Aachener Zeitung Stadt | 17.08.2024 | S. 14

📄 Auflage: 20.963 | Reichweite: 58.445

👤 Burkhard Giesen

Das Land hält an Räumung des Jülicher Zwischenlagers fest

NRW-Wirtschaftsministerium widerspricht einem Juristen, der im Auftrag einer Anti-Atom-Initiative in einem Kurzgutachten dargelegt hatte, dass man auf Castortransporte verzichten könne.

Jülich. Das NRW-Wirtschaftsministerium wird die Räumungsverfügung für das Atommüll-Zwischenlager in Jülich, in dem sich 152 Castoren mit rund 300.000 Brennelemente-Kugeln befinden, nicht aufheben. Das geht aus einer Antwort auf eine Anfrage unserer Zeitung hervor. „Aus fachlicher und rechtlicher Sicht ist ein Widerruf der Räumungsanordnung nicht angezeigt“, teilte ein Ministeriumssprecher mit.

Unterschiedliche Ansichten Die Anti-Atom-Initiative „ausgestrahlt“ hatte am Dienstag das von ihr beauftragte Gutachten des Hamburger Verwaltungsrechtlers Dr. Ulrich Wollenteit vorgestellt, der in seinem Kurzgutachten festgestellt hatte, dass die Voraussetzungen für die Räumungsanordnung nicht mehr gegeben seien und das Ministerium als Atomaufsicht des Landes die Möglichkeit habe, per Duldungsverfügung anzuordnen, „dass befristet bis zur Genehmigung und der Realisierung eines neuen Zwischenlagers oder der Wiedergenehmigung des bestehenden Zwischenlagergebäudes die vorhandenen Castorbehälter im bisherigen Lager verbleiben dürfen“.

Das sieht man im NRW-Wirtschaftsministerium anders: „Die Sachlage hat sich im Vergleich zum Jahr 2014 nicht signifikant geändert. Eine sogenannte Bestandslagerebene ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht hinreichend konkret zu erwarten. Das Vorgehen des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) ist daher weiterhin erforderlich und rechtmäßig“, heißt es aus dem Haus von Mona Neubaur. „Aufgrund des weiterhin bestehenden genehmigungslosen Zustandes ist die Atomaufsicht weiterhin zum Einschreiten verpflichtet.“

Gesetzliches Ziel ist es, den genehmigungslosen Zustand so schnell wie möglich zu beenden und einen nach den Vorschriften des Gesetzes genehmigten Zustand zu erreichen“, heißt es in der Antwort weiter. Und: „Eine inhaltlich relevante Änderung der Anordnung kann erst dann geprüft werden, wenn dem MWIKE ein konkreter und belastbarer Zeitplan für die Genehmigungserteilung durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vorliegt. Relevant ist hierbei unter anderem auch die Dauer der dann erteilten Genehmigung.“

Diese Aussage ist aus mehreren Gründen bemerkenswert. Selbst bei der Jülicher Entsorgungsgesellschaft, die für die Castoren zuständig ist, geht man davon aus, noch in diesem Jahr alle noch ausstehenden Aufgaben für eine neue Betriebsgenehmigung des Zwischenlagers abarbeiten zu können.

Beantragt ist eine neue Genehmigung für neun Jahre. Die würde die Räumungsanordnung sowieso obsolet machen und müsste sogar im Sinne der Ministerin sein, weil sie mit den Grünen für einen Passus im Koalitionsvertrag mit der CDU gekämpft hatte, dass Atom- und Mülltransporte minimiert werden sollten.

Wollenteit hatte in seinem Gutachten darauf verwiesen, „dass die bereits fortgeschrittenen Verfahren zur Genehmigung eines neuen Lagers oder zur Wiedergenehmigung des bestehenden Zwischenlagergebäudes in Jülich zum Erfolg geführt werden können“. Auch das würde zumindest für die Prüfung einer „inhaltlich relevanten Änderung der Anordnung“ sprechen, die das Ministerium zum jetzigen Zeitpunkt ausschließt.

UKRAINISCHES ATOMKRAFTWERK

Sicherheitslage am AKW Saporischschja spitzt sich nach Drohnenangriff zu

Gerade erst brannte ein Kühlturm des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja, nun meldet die IAEA eine Explosion unweit der Sicherheitszone. Beobachter sehen die nukleare Sicherheit akut gefährdet.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ist das Atomkraftwerk Saporischschja stark umkämpft. Obwohl die Reaktoren wegen Sicherheitsbedenken bereits 2022 heruntergefahren wurden, müssen sie aber weiter gekühlt werden. Beobachter der Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA), die auf dem Gelände stationiert sind, sehen die Sicherheit des AKWs nach einem Angriff in der Nähe nun erneut akut bedroht.

In unmittelbarer Entfernung zur Sicherheitszone habe es eine Explosion gegeben, die nach Einschätzung von IAEA-Experten vor Ort von einer Drohne mit Sprengladung verursacht wurde, teilte die Organisation mit.

»Wieder einmal sehen wir eine Eskalation der Gefahren für die nukleare Sicherheit am AKW Saporischschja«, warnte IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi in einer offiziellen Mitteilung der IAEA. »Ich bin nach wie vor äußerst besorgt und wiederhole meinen Aufruf zu größter Zurückhaltung auf allen Seiten und zur strikten Einhaltung der fünf konkreten Grundsätze, die zum Schutz der Anlage aufgestellt wurden.«

Der von einer Drohne getragene Sprengsatz sei demnach knapp außerhalb des Schutzbereichs des Kraftwerks detoniert, hieß es in der Mitteilung. Die Einschlagstelle habe sich in der Nähe der wichtigen Kühlwasserberieselungsbecken und etwa 100 Meter von

der Dniprowska-Stromleitung befunden. Dabei handelt es sich laut IAEA um die einzige verbleibende 750-Kilovolt-Leitung, die das AKW mit Strom versorgt.

Den Beobachtern zufolge war die Umgebung des Kraftwerks in der vergangenen Woche stark umkämpft. »Das Team hat häufige Explosionen, wiederholtes schweres Maschinengewehr- und Gewehrfeuer sowie Artilleriebeschuss in verschiedenen Entfernungen vom Kraftwerk gehört«, hieß es in der Mitteilung. Trotz aller Appelle zur Zurückhaltung gebe es bislang keine Anzeichen, dass die Kämpfe nachließen.

In den vergangenen Tagen wurden in der Nähe des Kraftwerks mehrfach Schäden gemeldet. Zuletzt war ein Feuer im Kühlturm des AKWs ausgebrochen, das jedoch gelöscht werden konnte.

»Atomkraftwerke sind widerstandsfähig gegenüber technischem oder menschlichem Versagen und auch extremen externen Einflüssen, aber sie sind nicht dafür gebaut, direkten militärischen Angriffen standzuhalten«, sagte Grossi.

Das AKW Saporischschja, das Russland im Zuge seiner seit fast zweieinhalb Jahren andauernden Invasion in der Ukraine besetzt hält, ist immer wieder Ziel von Angriffen oder Sabotageakten. Moskau und Kiew geben sich dafür gegenseitig die Schuld.



mdr.de | 19.08.2024 | Reichweite: 18.580.000

WEBLINK

ENDLAGER WELTALL

Warum schießen wir den Atommüll nicht in die Sonne?

Seit gut 40 Jahren wird darüber nachgedacht, Atommüll per Rakete in die Sonne zu schießen. Doch diese Form der Entsorgung ist nicht nur gefährlich, sondern auch technisch allenfalls in der Theorie möglich. Warum die Sonne absehbar kein Endlager wird.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Deutschland könnte einem jüngst erschienenen Gutachten des Freiburger Öko-Instituts zufolge mehr als 40 Jahre länger dauern, als ursprünglich geplant. Wie aus der im Auftrag des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) erstellten Studie hervorgeht, ist mit einer Standortentscheidung – unter idealen Bedingungen – frühestens im Jahr 2074 zu rechnen.

40 Jahre alte Idee

Nachrichten wie diese geben Debatten neuen Auftrieb, die eine Entsorgung hochradioaktiver Abfälle im Weltall diskutieren. Bereits vor gut 40 Jahren entwickelten Wissenschaftler in den USA die Idee, Atommüll in das Zentrum der Sonne zu schießen. Dahinter steht der Gedanke, dass die intensive Hitze der Sonne die molekularen Bindungen und die atomare Integrität von Elementen jenseits der Ordnungszahl zwei aufhebt und diese Elemente in ihre subatomaren Teilchen zerlegt. Der radioaktive Atommüll könnte die Sonne deshalb auch nicht schädigen, so die Überlegung.

Debatte um Gesundheitsrisiko

Ein 2013 im US-Fachmagazin *Air & Space Power Journal* erschienener Aufsatz, griff den Gedanken erneut auf. Der Autor Murray R. Berkowitz, ein Medizin-Professor am Philadelphia College of Osteopathic Medicine, kam dabei zu der Feststellung, "dass die Risiken für die öffentliche Gesundheit bei der Entsorgung von radioaktivem Atommüll durch die Verbringung in die Sonne äußerst gering sind". Selbst bei einem Unfall mit einer mit Atommüll beladenen Trägerrakete läge die mittlere Krebstodesrate lediglich bei 1 zu 3,8 Milliarden, was deutlich geringer als die Krebstodesrate in

der Allgemeinbevölkerung (1 zu 5.000) sei.

Der Großteil der Fachwelt sieht das wohl anders. Demnach würde ein Unfall einer mit Atommüll beladenen Trägerrakete kurz nach dem Start der Explosion einer gewaltigen "schmutzigen Bombe" gleichkommen, mit verheerenden Folgen auf der Erde und in der Atmosphäre. Und die Gefahr eines Zwischenfalls ist keineswegs vernachlässigenswert. So scheiterten beispielsweise von den im Jahr 2021 weltweit durchgeführten 146 Raketenstarts immerhin elf.

Technische Möglichkeiten unzureichend

Hinzu kommt, dass die bisherigen Kapazitäten gar nicht ausreichen würden, um die seit 1954 weltweit produzierten 400.000 Tonnen gefährlichen Atommülls ins All zu transportieren. Gemessen an den 2021 geglückten 135 Raketenstarts bräuchte es locker die 14-fache Raketen-Anzahl, um allein eine Jahresmenge an anfallendem Atommüll ins All zu schießen. Die Kosten für Raketen und Treibstoff zum Transport von all dem neu anfallenden und alten Atommüll ins Weltall würden in die Billionen Dollar gehen.

Und selbst wenn all diese technischen und finanziellen Probleme bewältigt werden könnten, bedeutet das längst noch nicht, dass die Raketen auch in der Sonne ankommen. Ein direkter Flug einer Rakete zur Sonne ist nämlich ausgeschlossen. Die Rakete müsste erst die Orbitalbahn zur Sonne aufheben. Ansonsten würde sie unseren Stern lediglich umkreisen. Technische Möglichkeiten eines direkten Sonnenfluges sind bislang nur theoretisch möglich. Die dafür benötigten Raketen wären übrigens um ein Vielfaches größer und materialintensiver als alles, was wir bislang an Raketen gesehen haben.



Bildunterschrift: *Der Atommüll-Transport mit Raketen zur Sonne ist bislang nur theoretisch möglich*